



An den Bundesrat
Schweizerische Bundeskanzlei
z.H. des Gesamtbundesrates
Bundeshaus West
3003 Bern

Liestal, 11. Mai 2021

Institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesrätinnen und Bundesräte

Als Vertreterinnen und Vertreter der exportstärksten Wirtschaftsregion der Schweiz, der Grenzregion zu Deutschland und Frankreich und eines Teils der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, äussern wir unsere tiefe Besorgnis über die Gefährdung des erfolgreichen bilateralen Wegs. Geregelter Beziehungen mit der EU – eines Ihrer Legislaturziele 2019-2023 – und der Zugang zum EU-Binnenmarkt sind für die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz von zentraler Bedeutung.

In Ihrem Schreiben an den Präsidenten der Europäischen Kommission vom 7. Juni 2019 anerkennen Sie, dass die Konsolidierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU auch den Abschluss eines neuen institutionellen Rahmens miteinschliesst und formulieren Klärungsbedarf in den Bereichen der staatlichen Beihilfen, des Lohnschutzes und der Unionsbürgerrichtlinie.

Wir sind der Auffassung, dass alles darangesetzt werden soll, einen tragfähigen Kompromiss zu finden, zumal sich in Bezug auf die staatlichen Beihilfen anscheinend eine Lösung abzeichnen könnte. Mit der Klärung der beiden offenen Fragen und dem Abschluss der Verhandlungen wird der Weg frei für weitere Abkommen zum Wohle aller innovationsgetriebenen Regionen und Wirtschaftsbereiche. Unsere Region ist vom Verhandlungsausgang besonders betroffen, weshalb wir es für den weiteren Diskurs für dringend notwendig erachten, aufzuzeigen, was die Konsequenzen eines Scheiterns der Verhandlungen wären.

Wir erinnern an unser Schreiben vom 24. September 2020, in welchem unsere Mitgliedskantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, sowie die assoziierten Mitglieder Zürich und Bern aus forschungs- und bildungspolitischen Gründen die schweizerische Mitwirkung in den europäischen Programmen Horizon Europe und Erasmus+ für die Zeitperiode 2021–2027 als zwingend erachten.

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz hat die Aufgabe, den Auftritt der Mitgliedskantone im Rahmen der grenzüberschreitenden und europäischen Zusammenarbeit zu bündeln. Ohne institutionelles Rahmenabkommen droht eine stete Erosion der bilateralen Beziehungen der Schweiz mit der EU. Dies wäre für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz zunehmend mit Nachteilen verbunden. Wir bitten Sie,

sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren Bundesrätinnen und Bundesräte,
unserem Anliegen Rechnung zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen

Nordwestschweizer Regierungskonferenz

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Lauber'.

Dr. Anton Lauber, Regierungspräsident Basel-Landschaft
Konferenzpräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Leibundgut'.

Simone Leibundgut
Konferenzsekretärin